

Volker Jentsch, Helmut Kopka und Arnd Wülfing

Ideologie und Funktion der Max-Planck- Gesellschaft

136

**Argumente zur Zeit
Sonderdruck aus
„Blätter für deutsche und internationale Politik“
Heft 5/1972
Pahl-Rugenstein Verlag · Köln**

prv

Ideologie und Funktion der Max-Planck-Gesellschaft

Von Volker Jentsch, Helmut Kopka und Arnd Wülfling

1. Einleitung

„Die Max-Planck-Gesellschaft braucht keine Diskussion nach innen und außen zu scheuen“, erklärte Adolf Butenandt¹⁾ auf der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin am 25. Juni 1971. Das Wort des Präsidenten ermutigt uns. In der Tat: Die *Diskussion* dieser Institution rechtfertigt sich durch deren Bedeutung. Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. besteht gegenwärtig²⁾ aus 1296 fördernden und 175 wissenschaftlichen Mitgliedern; sie unterhält 52 Forschungsinstitute³⁾ mit insgesamt etwa 10 000 Beschäftigten (davon 2000 wissenschaftlichen Angestellten und 2000 Stipendiaten). Ihr Jahresetat hat inzwischen den Betrag von 472 Mio. DM⁴⁾ überschritten, wovon über 90 % staatlicherseits zugesprochen werden.

Im Juni letzten Jahres schrieben die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter in ihre 1. Arnoldshainer These zur Reform der Max-Planck-Gesellschaft (MPG): „Die gegenwärtigen forschungspolitischen Präferenzen in der Max-Planck-Gesellschaft sind weitgehend bestimmt durch partikulare Wirtschafts- und Karriereinteressen.“ Dieser Satz verletzte Geschmack und heile Vorstellung der wissenschaftlichen Honoratioren der MPG⁵⁾. Butenandt reagierte stellvertretend für alle, die sich betroffen fühlten: „Die ... (in Arnoldshain) ... Anwesenden haben eine Reihe von Thesen verabschiedet, in denen sie ihre Vorstellungen zur Reform zum Ausdruck bringen. Ich hätte mir gewünscht, daß diese sogenannten Thesen, soweit sie die gegenwärtigen Verhältnisse in unserer Gesellschaft darstellen, der Wirklichkeit besser Rechnung tragen und nicht aus völliger Unkenntnis oder aus rein ideologischen Vorstellungen von falschen Voraussetzungen ausgehen würden“⁶⁾.

Erkundigen wir uns also bei Herrn Butenandt nach den wahren Voraussetzungen: „... daß alle unsere Institute, ich darf sagen, zwangsläufig entstanden sind; mehr als ein Dutzend zum Teil wertvolle Projekte haben wir abgelehnt und niemals auch nur einen Augenblick darüber nachgesonnen, welche neuen Institute wir etwa noch gründen könnten, sondern wir haben neue Institute nur unter dem

1) Butenandt, Adolf, Dr. phil., Dr. h. c., Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (bis 1971), Mitglied des Aufsichtsrates der Farbenfabriken Bayer AG, Vorstandsmitglied des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Mitglied von Senat, Hauptausschuß, Kuratorium und Senatsausschuß für Sonderforschungsbereiche der DFG, Träger vielfältiger Ehrendoktor- und Ehrenbürgerwürden, Ordensauszeichnungen der BRD und anderer Länder, Nobelpreis 1939. (Der Senat wählte einstimmig [!] Herrn Lüst, Dir. Inst. für Extraterrestrische Physik am MPI für Physik und Astrophysik [und einziger Kandidat dieser Wahl], am 19. 11. 1971 zum neuen Präsidenten der MPG.)

2) Nach „MPG — Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute“, Hrsg. Generalverwaltung der MPG, München 1972, sowie „Mitglieder-Verzeichnis“ Stand 1. 9. 1971.

3) Ohne Institut für Dokumentationswesen und Einrichtungen mit eigener Rechtsform (z. B. Garching Instrumente GmbH), deren Hauptgesellschafter die MPG ist.

4) Nach „MPG — Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute“ S. 16.

5) Wobei wesentlich der Bezug auf „Partikulare Wirtschaftsinteressen“, weniger der Vorwurf der Karriereinteressen, Empörung auslöste. Denn „die Hälfte aller wissenschaftlichen Mitarbeiter verschleifen sich in dem Kampf um ihre Karriere“ (so der sinnngemäße Ausspruch eines wissenschaftlichen Mitgliedes aus dem MPI für Psychiatrie in München, in einer Fernsehsendung von Radio Bremen).

6) Ansprache des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. in der Festversammlung in Berlin am 25. 6. 1971.

Druck wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Notwendigkeit ins Leben gerufen ...“⁷⁾.

Untersuchen wir also den „Druck wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Notwendigkeiten“ genauer: Welche Interessen wirken in der MPG?

Wir beginnen unser Vorhaben von der historischen Seite: In Kapitel 2 werden einige der Entstehungsbedingungen der MPG angegeben. Die Kapitel 3, 4 und 5 vermitteln 3 Ebenen, über welche Art, Umfang und Wirkungsweise der Interessen in der MPG abgeleitet werden sollen. Kapitel 3 behandelt den Einflßbereich und die Funktionsverteilung des Staates und der Privatwirtschaft in der MPG. Kapitel 4 beschreibt die typischen Bewußtseinsformen des Präsidenten und des wissenschaftlichen Rates sowie die bislang vorrätigen Vorstellungen von einer Umstrukturierung der MPG. Kapitel 5 behandelt einige Aspekte zur klassen- und bewußtseinsmäßigen Bestimmung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und stellt die Reformabsichten dieser Gruppe vor. Kapitel 6 resümiert die Ergebnisse und nennt Möglichkeiten politischer Konsequenzen.

2. Zur Entstehung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG)

Die MPG verdankt ihrer Vorgängerin, der KWG, wissenschaftliche und organisatorische Traditionen. Die Gründung der KWG (11. Januar 1911) war das Ergebnis verschiedener Interessen.

Die ständig zunehmende Tendenz der Verwissenschaftlichung der Produktion um die Jahrhundertwende erfordert die beträchtliche Ausweitung von produktionsbezogener Forschung. Die „Monopolbourgeoisie“ drängt danach, „neue Institute zur Erweiterung der wissenschaftlichen Grundlagen vor allem in der Chemie (Kohlenforschung), technischen Physik und Elektrotechnik einzurichten, ohne das erforderliche Kapital selbst vorschießen zu [können] — die notwendige Entfaltung der Produktivkräfte war selbst im Rahmen der potentesten kombinierten Kapitale nicht mehr zu bewältigen“⁸⁾.

Die Absichten des deutschen Großkapitals begegnen den Interessen der adligen Ministerialbürokratie, des Militärapparates und des Kaisers, denen die Erweiterung der Forschung „als notwendiger Bestandteil des innen- und außenpolitischen Machtarsenals des wilhelminischen Deutschlands“⁹⁾, wenn nicht gar als Möglichkeit dient, die Benachteiligungen zu kompensieren, die Deutschland bei der „Aufteilung der Welt“ unter den imperialistischen Mächten erfahren hat.

Die Wissenschaftler erstreben die materielle und personelle Erweiterung ihrer begrenzten Universitätsinstitute im Zuge einer raschen Expansion und einer zunehmend arbeitsteiligen und interdisziplinären Organisation der Wissenschaft. Daß die zu schaffende wissenschaftliche Institution Gefahr läuft, von „Clique und Kapital“¹⁰⁾ abzuhängen, wird teilweise erkannt, der mögliche Konflikt freilich durch die Forderung eingeebnet, daß man herausfinden müsse, „wie der beste Weg zwischen der Tyrannei der Masse und der Bürokratie einerseits und

⁷⁾ A.a.O. Der Satz fährt fort: „... ins Leben gerufen, und auch dann nur, wenn wir die älteren Institute durch solche Neugründungen nicht schädigen. So werden wir es auch künftig halten, zumal wenn es sich um solche Neuschöpfungen handelt, durch welche wir das Vaterland und seine Wirtschaft durch die Wissenschaft zu kräftigen hoffen dürfen.“ Die zitierte Passage stammt nicht von Butenandt, sondern von Harnack (s. Kap. 2. Laut Butenandt entspricht das Zitat jedoch „in seinem Inhalt auch der Wissenschaftspolitik der MPG seit ihrem Bestehen bis zum heutigen Tage“).

⁸⁾ Kanzow/Roth, Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft, Berlin 1970, S. 130.

⁹⁾ A.a.O., S. 130.

¹⁰⁾ Aus dem Brief von Harnack an Trott zu Solz (22. 1. 1910), abgedruckt in „50 Jahre KWG“, Beiträge und Dokumente, Göttingen 1961.

der Clique und dem Geldbeutel andererseits gefunden wird" ¹¹⁾).

Adolf v. Harnack ¹²⁾ versucht, das subjektive Verlangen der Wissenschaftler dadurch zu befriedigen, daß er Wünsche und Absichten der Bourgeoisie, des Kaisers und der Wissenschaftler in einer Denkschrift ¹³⁾ benennt und aufeinander abstimmt: „Die Wissenschaft ist in ihrer Ausbreitung und in ihrem Betriebe an einem Punkt angelangt, an welchem der Staat allein für ihre Bedürfnisse nicht mehr aufzukommen vermag. Eine Kooperation des Staates und privater kapitalkräftiger und für die Wissenschaft interessierter Bürger ist ins Auge zu fassen; denn in ihr allein ist die Zukunft der wissenschaftlichen Forschung nach der materiellen Seite hin verbürgt“ ¹⁴⁾.

Daß die Absicht Harnacks, die vermögende Industrie vor den Karren der Wissenschaft zu spannen, die gesellschaftlichen Verhältnisse auf den Kopf stellt, beweist gerade die Satzung der KWG: Das Kapital beherrscht ihre entscheidenden Organe. Mitgliedschaft und Funktionen in der sich privatrechtlich organisierenden Gesellschaft sind an hohe finanzielle Aufwendungen gebunden ¹⁵⁾. In den entscheidungsrelevanten Organen des Vereins halten Vertreter der Finanz- und Industrieoligarchie eindeutige Mehrheiten ¹⁶⁾.

Das mit der Gründung der KWG festgelegte Einflußschema erfährt seine stetige Fortsetzung in ihrer Nachfolgeorganisation, der MPG ¹⁷⁾. Gleichwohl sind charakteristische Modifikationen zu verzeichnen. Sehen wir folglich nach, auf welche Weise und in welchem Umfang sich Interessendispositionen des Staates und der Privatwirtschaft in der MPG konkretisieren.

3. Einflußbereiche und Rollenverteilung

Einen ersten Zugang zu der zuletzt genannten Problematik vermittelt ein relativ grobes analytisches Muster, das sich nach Hirsch in zwei Ansätze gliedert ¹⁸⁾:

a) „Eine detaillierte Untersuchung der personellen Zusammensetzung der wichtigsten Lenkungsorgane mit den dabei feststellbaren Interessenverflechtungen und Einflußmöglichkeiten“; b) „Eine kritische Beurteilung der Ergebnisse wissenschaftspolitischer Willensbildungsprozesse anhand bestehender Programme und Maßnahmen.“

Wir prüfen in gesonderten Betrachtungen die Wirkungsmöglichkeiten des Staates und der Wirtschaft in der MPG. Dabei wird der Ansatz b) wegen der Geheimhaltungspraxis der MPG notwendig verkürzt ausfallen.

3.1 Über die Rolle des Staates in der MPG

Die neuere Geschichte der Wissenschaften zeigt, daß die Resultate wissenschaft-

¹¹⁾ A.a.O.

¹²⁾ Adolf v. Harnack, Präsident der KWG von 1911 bis 1930.

¹³⁾ Denkschrift von Harnack an den Kaiser (21. 11. 1909), in: 50 Jahre KWG und MPG zur Förderung der Wissenschaften, a.a.O.

¹⁴⁾ A.a.O., S. 126–131.

¹⁵⁾ Aus der Satzung der KWG: „Jedes Mitglied hat einen Mitgliedsbeitrag von mindestens 20 000 Mark zu entrichten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 1000 Mark.“ (Zum Vergleich: „Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt . . . für natürliche Personen 100 DM, für juristische Personen . . . 1000 DM.“ Aus: Satzung der MPG zur Förderung der Wissenschaften e. V.) Im Gegensatz zu heute ist die Wissenschaftliche Mitgliedschaft nicht vorgesehen. Jeder Wissenschaftler hat demnach, will er die Mitgliedschaft erwerben, den Mitgliederbeitrag zu zahlen (es sei denn, er wird zum Senator oder Mitglied des Verwaltungsrates berufen.)

¹⁶⁾ Der Gründungssenat der KWG wird am 11. 1. 1911 durch Akklamation gewählt und besteht ausschließlich aus Vertretern des Finanz- und Industriekapitals, darunter Gustav Brüning (Generaldirektor Farbwerke Hoechst), Ludwig Delbrück (Bankier), Krupp v. Bohlen und Halbach, Wilhelm v. Siemens.

Der Verwaltungsausschuß wird am 23. 1. 1911 vom Senat gewählt und besteht aus 2 Wissenschaftlern (v. Harnack und Fischer) sowie 5 Vertretern des Kapitals bzw. des Staates: Krupp v. Bohlen und Halbach, Ludwig Delbrück, Franz v. Mendelsohn (Generalkonsul), Dr. v. Boettinger (Geheimer Regierungsrat) und Eduard Arnhold (Geheimer Kommerzienrat).

(Alle Angaben aus „50 Jahre KWG/MPG“, ebd., S. 122 und 135. Vgl. auch G. Wendel, Zur gesellschaftlichen Stellung und Funktion der KWG, Leipzig 1965)

¹⁷⁾ Daten zur Gründung der MPG: Die Gründungsmitglieder versammelten sich am 26. 2. 1948 in Göttingen; lt. Beschluß der Hauptversammlung vom 6. 4. 1950 wird das gesamte Vermögen der KWG auf die MPG übertragen, am 21. 6. 1960 wird die KWG aufgelöst.

¹⁸⁾ Vgl. J. Hirsch, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt 1970, S. 199.